

Antrag

des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD

Kommunen vor dem Kollaps – wie unterstützt das Land unsere Städte, Gemeinden und Landkreise?

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. was sie in den letzten 60 Tagen unternommen hat, um die Kommunen im Land zu unterstützen;
2. ob sie Gläubigern gegenüber Garantien für möglicherweise notwendige Kredite an Kommunen ausgesprochen hat;
3. welche Mittel den Kommunen wann und in welchem Umfang zufließen und auf welcher Grundlage dies geschieht;
4. welche der unter Ziffer 3 dargestellten Mittel wirklich zusätzliche Mittel sind und bei welchen es sich nur um vorgezogene Auszahlungen bereits vereinbarter Leistungen handelt;
5. zu welchem Stichtag die Landesregierung gedenkt, einen Abschlag in Höhe von 200 Mio. Euro aus dem Bundesteilhabegesetz für die Jahre 2023, 2024 und 2025 an die Kommunen zu leisten;
6. zu welchem Stichtag die Landesregierung gedenkt, die zweite Tranche der mit dem Haushalt vereinbarten 150 Mio. Euro für Krankenhäuser an die Landkreise zu überweisen;
7. wie eine mögliche Konjunkturkomponente im kommunalen Finanzausgleichsgesetz (FAG) aussehen könnte und welche Vor- und Nachteile eine solche Regelung mit sich bringen würde;
8. welche Planungen für eine sogenannte Sockelgarantie für die kommunalen Gewerbesteuerereinnahmen unternommen wurden oder werden und wie sie diese Möglichkeit diskutiert;
9. wie hoch die Förderquote des Landes bei Zuschussprogrammen für die Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen ist und durch welchen Anteil des Bundes diese Förderung auf welches maximale Niveau aktuell gehoben werden kann;
10. in welchem Verhältnis die Landesregierung gedenkt, die vom Bund bereitgestellten Mittel für Investitionen in Infrastruktur zwischen dem Land und den Kommunen aufzuteilen.

28.5.2025

Fink, Binder, Ranger, Rivoir, Cuny SPD

Begründung

Die Kommunen im Land mussten im vergangenen Jahr ein Defizit von über drei Milliarden Euro in ihren Haushalten feststellen. In der Debatte dazu herrschte durchaus Einigkeit darüber, dass den Kommunen schnellstmöglich Unterstützung zukommen muss; allerdings gingen die Ansätze auseinander. Die Haltung der Landesregierung zu den diskutierten Vorschlägen ist von Interesse.